



Kanton Glarus

MEDIENMITTEILUNG

Glarner Wirtschaft würde vom Rüstungsprogramm profitieren

Näfels, 2. Oktober 2008. - Die Bürgerlich-Demokratische Partei weist darauf hin, dass der Kanton Glarus vom Rüstungsprogramm wirtschaftlich profitieren könnte. Umso unverständlicher ist die diesbezügliche Haltung von Ständerat This Jenny und Nationalrat Werner Marti.

Aus verschiedenen Motiven hat es in Bundes-Bern eine unheilvolle Allianz zwischen SVP und SP fertiggebracht, das Rüstungsprogramm zu blockieren. Die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) des Kantons Glarus ist zwar der Meinung, dass eine Grundsatzdiskussion zur Schweizer Armee in sporadischen Abständen zulässig ist. Es ist aber zweifellos falsch, das Rüstungsprogramm als Anlass für diese Grundsatzfrage zu nehmen. Denn wer eine moderne Armee haben will, der muss sie auch entsprechend ausrüsten.

Die BDP ist davon überzeugt, dass eine grosse Mehrheit der Glarnerinnen und Glarner nach wie vor hinter der Armee steht und sich stark mit ihr verbunden fühlt. Zudem hat die Glarner Wirtschaft nicht nur in der Vergangenheit stark von der Armee profitiert. Dies wäre auch beim aktuellen Rüstungsprogramm der Fall. So könnte beispielsweise die Firma Sauter, Bachmann AG in Netstal mit einem Auftragsvolumen von mehreren Millionen für den DURO IIIP von MOWAG rechnen, wovon auch weitere Glarner Firmen als Zulieferer von Sauter, Bachmann AG profitieren würden. Die Ablehnung dieser Position des Rüstungsprogramms ist umso einschneidender für die Sauter, Bachmann AG, weil dieser Teil des Rüstungsprogramms bereits vom 2007 ins 2008 verschoben wurde und Sauter, Bachmann AG sich bereits damals in der Produktion und Montage die entsprechenden Kapazitäten aufgebaut hatte.

Sauter, Bachmann AG hat die drei Glarner Bundesparlamentarier im Vorfeld schriftlich über diesen Sachverhalt informiert. Die BDP hält es deshalb für unverständlich und bedauerlich, dass sich Ständerat This Jenny und Nationalrat Werner Marti gegen das Rüstungsprogramm gestellt haben. Die Glarner Wirtschaft könnte solche Impulse aktuell gut brauchen und ist auf die politische Unterstützung in Bern angewiesen.